

„Man muss den Staat daran erinnern, dass die Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist“

Schirmmacher in der Liobakirche in Tauberbischofsheim

Auf Einladung von **Nina Warken**, MdB, und der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden von Tauberbischofsheim hielt der deutsche Religionssoziologe und Ethiker Thomas Schirmmacher einen vielbeachteten Vortrag zum Thema „Christenverfolgung geht uns alle an“. In den Fränkischen Nachrichten **schrieb Elisabeth Englert**:

„MdB Nina Warken als Initiatorin freute sich, mit Professor Dr. Dr. Schirmmacher einen der führenden Menschenrechtsexperten weltweit gewonnen zu haben, der regelmäßig vor nationalen Parlamenten und UN-Gremien aussage.“

Schirmmacher begann mit dem Hinweis auf die heilige Lioba von Tauberbischofsheim (700–782 n. Chr.), der Namenspatronin des Veranstaltungsortes, der St.-Lioba-Kirche. Wie Bonifatius habe sie geholfen, ein politisch und militärisch ausgerichtetes Verständnis von Jesus und seinen Aposteln und des Christentums durch einen Glauben zu ersetzen, der darauf aufbaut, dass die Gläubigen verstehen, was sie glauben. Während Karl der Große mit großer Selbstverständlichkeit die Besiegten zwang, den christlichen Glauben anzunehmen oder getötet zu werden, trat schon sein „Kulturminister“ Einhard ebenso wie Lioba, die mit Karls Ehefrau Hildegard befreundet war, dafür ein, dass der Glaube nicht durch Zwang, sondern durch Bildung verbreitet werden müsse. Auch wenn es noch lange dauern sollte, bis diese Sicht im Christentum die Oberhand gewann, gehöre Lioba in die Ehrengarde der Religionsfreiheit.



Thomas Schirmmacher während seines Vortrags © BQ/Martin Warnecke

Während Anfang des 20. Jahrhunderts nurmehr eine Minderheit der Christen Gewalt zur Religionsverbreitung abgelehnt habe – durch den Kolonialismus wollte man die eroberten Völker zu ihrem Glück zwingen, und noch im Ersten Weltkrieg beriefen sich mehrere Völker auf Gottes Unterstützung gegen die anderen christlichen Länder –, habe sich dies im Laufe der letzten hundert Jahre völlig geändert. Die große Mehrheit der Christen stehe dazu, keinen Menschen auf Grund seines Glaubens oder anderer Überzeugungen zu bestrafen. Doch hätten andere Weltreligionen in dieser Zeitspanne genau die gegenteilige Entwicklung

genommen, der extremistische Flügel sei stark gewachsen. Als Beispiel nannte er den Hinduismus sowie den Islam.

Gerade in Indien habe sich die Lage unter Regierungschef Narendra Modi sehr verschlechtert. Muslime und Christen sollten seiner Ansicht nach gar nicht mehr im Land existieren. Die Diskriminierung reiche vor allem in den Dörfern auf dem Lande vom Zwang, dem Glauben abzuschwören,



Thomas Schirmmacher mit Nina Warken, MdB © BQ/Martin Warnecke

bis hin zur Bestrafung mit dem Tode. Zwar denke die breite Masse der Bevölkerung nicht so, doch lasse sie sich bei Wahlen instrumentalisieren.

Es sei falsch zu denken, man solle die Religionsfreiheit der Kirche überlassen. „Nein, sie ist ein Menschenrecht und ureigenste Aufgabe des Staats“, betonte Schirmmacher. Nur dieser, weder Kirche noch Moschee oder Tempel, könnten sich mit legitimer Autorität für Religionsfreiheit stark machen und deren Gegner beschränken. Da die Religionsfreiheit untrennbar mit der Demokratie verbunden sei, müsse sich der Staat weltweit für diese einsetzen.

„Man muss den Staat daran erinnern, dass die Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist“, appellierte Schirmmacher.

Dies griff MdB Warken auf und versprach, die Religionsfreiheit sowie die Ursachen der Verfolgung stets auf der Tagesordnung zu halten.

„Es ist es wert, dass man sich dafür einsetzt.“